



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Die Polenfrage in Preußen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Polenfrage in Preußen

Von George Kleinow



Der frühere Professor von der Akademie zu Posen, der jetzige ordentliche Professor der Staatswissenschaften an der Universität Kiel, Dr. Ludwig Bernhardt, hat im Verlage von Duncker und Humblot zu Leipzig ein Buch veröffentlicht, das er „Das polnische Gemeinwesen im preussischen Staat“ nennt. Das Buch hat nicht nur ein Gelehrter, sondern auch ein ausgezeichnete Schriftsteller geschrieben, dessen Feder auf Papier zu bannen verstand, was ein klarer, scharf eindringender Geist erschaut hat. Was er schildert, ist kurz gesagt — einen kleinen Teil der gewaltigen Wirtschaftsorganisation, die sich während der letzten dreißig bis vierzig Jahre unter dem Schutze des preussischen Rechts- und Kulturstaats entwickelt hat. Dieser Teil umfaßt die polnisch sprechende Bevölkerung Preußens. Aus dem Umstande, daß die wirtschaftliche Teilorganisation durch einen national scharf begrenzten Kreis gebildet wird, wie auch aus der historischen Vergangenheit der in Frage kommenden Nationalität nimmt sich der Verfasser das Recht, Begriffe des Staatsrechts auf privatwirtschaftliche Verhältnisse zu übertragen. Er bezeichnet die polnische Organisation in Posen und Westpreußen als eine Bauernrepublik (S. 157), die durch die Vorsteher der polnischen Finanzinstitute, Genossenschaften, Sparkassen, Turn- und Tanzvereine geleitet wird. Eine straffe Disziplin ist möglich, weil alle diese Organisationen miteinander durch Personalunion (S. 151 bis 154) verbunden sind. Das Bild ist trefflich. Bernhardt läßt aus der Geschichte der polnischen Landtagsfraktion zu Berlin und der polnisch-demokratischen Bewegung in der Provinz die Bauernorganisationen (S. 98) und das polnische Genossenschaftswesen (S. 108) herauswachsen — die Organisation der Industriearbeiter in Rheinland und Westfalen folgt (S. 182).

Unabhängig von diesen Vereinigungen, so scheint es wenigstens dem oberflächlichen Beschauer, sind die politischen Organisationen, die Sokols (S. 199) und die Straz („Wacht“, S. 194) entstanden.

Grenzboten IV 1907

Gegenwärtig gibt es 159 Turnvereine, die auf elf Sokolgaue verteilt sind. Um die Aktionsfähigkeit dieses Netzes zu beurteilen, hat der Verfasser festzustellen versucht, wieviel Vereine den einzelnen Gauen angehören.

„Hierbei ergibt sich die lehrreiche Beobachtung, daß die Organisation der Sokols im umgekehrten Verhältnisse steht zu der Entwicklung der Kredit- und Berufsorganisationen. Denn in Posen=Westpreußen, wo die Kredit- und Berufsorganisation der Polen am besten ausgebildet ist, sind die Leistungen der Sokols am geringsten. Die Gaue I bis IV (Posen=Westpreußen) sind, obwohl sie die mit Polen dichtbevölkerten Gebiete umfassen, dennoch arm an Vereinen und Mitgliedern. Sie versäumen häufig, ohne daß ein polizeilicher Zwang abgewartet wird, die Abhaltung des jährlichen Gaufestes und versammeln sich im Vergleich mit andern Gauen selten. Ja im Frühjahr 1907 konnte sogar festgestellt werden, daß die Sokols in Posen=Westpreußen zurückgehn. Auch in Oberschlesien, wo die wirtschaftliche Organisationsarbeit der Polen so bedeutende Fortschritte gemacht hat, und wo die Polen so dicht beieinander wohnen, läßt die Entwicklung der Sokols zu wünschen übrig, während sich das Sokoltum in Berlin und Rheinland=Westfalen schnell entwickelt und lebhaft betätigt.“ (S. 200 bis 201.)

Der Strazverein ist erst im Frühjahr 1905 ins Leben getreten.

„Das Regulativ der Straz teilt nämlich alles »polnische Land«, d. h. diejenigen Gebiete Preußens, wo Polen wohnen, in Starosteien und Bezirke. Jeder Starost der Straz, der auf unbestimmte Zeit ernannt wird, leitet die Arbeit in seinem Kreis und besucht jährlich einmal in Posen die Starostenversammlung. Den Starosten unterstehn Kommissäre, die verpflichtet sind, den Anweisungen des Starosten Folge zu leisten und mit ihnen in Verbindung zu stehn.“

„Die Oberleitung hat der aus fünf Männern bestehende Vorstand, dem ein Beirat aus achtzehn Mitgliedern zur Seite steht. Vorstand und Beirat werden auf drei Jahre von der Hauptversammlung der Starosten gewählt, und über dem Ganzen thront der Präsident, der mit seinem Sekretär faktisch die ganzen Geschäfte leitet. Denn da die Hauptversammlung, die jährlich einmal zusammentritt, im wesentlichen darauf beschränkt bleibt, die ausscheidenden Mitglieder des Beirats wiederzuwählen, wird das ganze Regiment wie in guter alter Zeit scheinbar demokratisch, in Wirklichkeit jedoch scharf oligarchisch geführt. Überdies hat sich der Vorstand, um sich gegen Überraschungen zu sichern, statutarisch das Recht vorbehalten, jedes Vereinsmitglied ohne Angabe von Gründen auszuschließen.“*)

Forscht man, welche Interessen und Kräfte hinter diesen statutarischen Schutzwänden verborgen sind, so findet man dort den Posener Adel. Die

*) § 6: Die Aufnahme und Ausschließung der Mitglieder erfolgt durch den Hauptvorstand. Die Ausschließung erfolgt ohne Angabe des Grundes.

Schlachta, die nach ihren Mißerfolgen von der Demokratie zur Seite gedrängt wurde, und die in den wirtschaftlichen Vereinigungen keinen Rang hat, möchte den neuen Strazverband benutzen, um wieder mitzuarbeiten und zu herrschen. Da jedoch die Schlachta weder in Oberschlesien noch sonstwo in Deutschland mit Ausnahme Posen's zu Einfluß gelangen kann, wurde bei Begründung der Straz die statutarische Bestimmung getroffen, daß die Majorität des Vorstandes in Posen leben müsse. Diese sorgte dafür, daß die Starosten nach Möglichkeit dem adlichen Grundbesitz und verwandten Elementen entnommen wurden.

Infolgedessen bietet eine Strazversammlung in Schrimm oder in Kosten ein ganz anderes Bild, als man es in den übrigen polnischen Versammlungen sieht. Am Vorstandstische sitzen die adlichen Grundbesitzer der Umgegend und ihre Freunde, und wenn sich das nun einmal wach gewordne Volk auch den Mund nicht mehr verbieten läßt, geben doch die »Herren« der Versammlung das Gepräge.

Innere Kämpfe aber beweisen, daß sich die Bevölkerung diese reaktionären Formen nicht gefallen lassen wird. Der erste, der den Strazmännern entgegentrat, war der Führer der rheinisch-westfälischen Polen. Er suchte der Straz den Eintritt in das rheinisch-westfälische Gebiet zu verlegen, bekämpfte sie in Versammlungen und in der Presse (Wiarus Polski in Bochum und Gazeta Torunska in Thorn*) und motivierte seine Feindschaft damit, daß eine Institution der Schlachta bei der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft nicht das geringste zu suchen habe.

Bald darauf begannen auch die Volksführer in Posen die Strazleitung zu kritisieren, beschuldigten sie aristokratischer Mäuren und deckten allerlei Mißbräuche auf, um den politischen Kredit der aristokratischen Führer zu schmälern. Auch warnte die radikale Presse in Galizien die demokratische Bewegung in Posen, sie möge sich von der Straz nicht einschläfern lassen.“ (S. 195 bis 197.)

Am wenigsten gut zusammengefügt erscheint dem Verfasser die parlamentarische Wahlorganisation, doch sollen (S. 207) von den Polen schon Maßnahmen getroffen worden sein, die Mängel zu beheben.

Alle diese Organe der polnischen Bauernrepublik sind einer Zentralgewalt unterworfen: „der Regierung“ (S. 211). Sie setzt sich in Posen aus folgenden Männern zusammen:

„1. Patron der Genossenschaften, 2. Direktor der Verbandsbank, 3. Direktor der Gewerbebank, 4. Patron der Bauernvereine, 5. und 6. einige besonders verdiente Vizopatrone, 7. Präsident des Zentralvereins der Großgrundbesitzer, 8. und 9. Präsident oder Generalsekretär des Arbeiterverbandes, 10. Präsident des Sokols, 11. Präsident der Straz.

*) Die Gazeta Torunska steht in enger Beziehung zu den rheinisch-westfälischen Polenführern.

Zu diesen kommen noch einige hohe geistliche Würdenträger und einige Mitglieder des Adels, die sich durch großen Reichtum und nationale Arbeit eine starke Stellung errungen haben. Zu den erstern sind besonders die polnischen Weihbischöfe und selbstverständlich der Erzbischof, falls er Pole ist, zu rechnen, zu den letztern gehören seit anderthalb Jahrhunderten einige Mitglieder der reichbegüterten Familien Zoltowski, die sich um die nationalpolnische Arbeit sehr verdient gemacht und besonders in den aristokratischen Parzellierungsbanken (Bank ziemski, Spolka ziemsk in Posen) viel geleistet haben.

Insgesamt können daher etwa fünfzehn bis zwanzig Männer genannt werden, die gestützt auf Organisation oder auf geistliche Macht oder auf große Reichtümer prominente Stellungen einnehmen, sodaß man von ihnen sagen kann: Diese Männer müssen in allen entscheidenden Dingen gefragt werden. Sie sind stark genug, um sich Geltung zu verschaffen, und ihre Mitwirkung kann kaum entbehrt werden." (S. 213 bis 214.)

Doch ein Staat muß auch ein Finanzwesen haben, und die polnische Bauernrepublik hat es mit einem Finanzminister an der Spitze in dem polnischen Genossenschaftsverbande. Sein Leiter ist der päpstliche Kammerherr und Propst zu Mogilno, Prälat Bawrzyniak (S. 219). Dieser Mann hat erreicht, daß „das polnische Genossenschaftswesen eine politische Macht geworden ist, die heute den Kern des polnischen Gemeinwesens bildet“ (S. 222).

Hiermit beginnt der interessanteste Teil der ganzen Arbeit. Die polnische Verbandsleitung wird in ihrer außerordentlichen Geschicklichkeit geschildert. Es wird gezeigt, wie wenig die preußische Beamtenschaft, gebunden durch Gesetz und viele bureaukratische Vorschriften, dem frei arbeitenden Leiter der polnischen Verbände geschäftlich gewachsen ist. Im Sommer 1892 wurde dem polnischen Verbände durch Verfügung des preußischen Handelsministers das Recht verliehen, eigne Revisoren zu bestellen. Auf diesem Recht aber ruht die Macht der polnischen Verbandsleitung (S. 224). Der Verband tritt mit der Preußenbank in geschäftliche Beziehungen, und die Bank eröffnet ihm einen Kredit von 200 000 Mark. Nachdem das Veto des preußischen Landtags diese Verbindung zerstört hatte, wandte sich eine große Berliner Effektenbank an den Verband in polnischer Sprache und wird zum finanziellen Rückgrat des polnischen Finanzwesens. Es ist dieselbe Großbank, der später der Herr Finanzminister den Auftrag erteilt hat, die deutsche Ostbank (Filiale der Seehandlung) zu unterstützen.

Doch es würde zu weit führen, einen auch nur gedrängten Inhalt des Buchs geben zu wollen. Jeder gebildete Deutsche, der es für seine Pflicht hält, in der Polenfrage Stellung zu nehmen, ist ohnehin genötigt, das Buch zu lesen. Niemand darf es übergehen!

Darum sei es erlaubt, einige Punkte herauszugreifen, in denen der Verfasser nach meiner Auffassung seine Aufgabe zu eng begrenzt hat. Zunächst interessiert die Frage, woher die Polen ihr Geld haben (S. 386 bis 389).

Durchaus zutreffend ignoriert der Verfasser die Behauptung, irgendein Nationalfonds spende den Polen Geld zum Ankauf deutschen Bodens. Es gibt wohl Fonds, aus denen gewisse Unternehmungen der Polen unterstützt werden, die aber sind so minimal, daß eine nennenswerte wirtschaftliche Aktion von ihnen nicht durchgehalten werden könnte. Auch in den Ersparnissen der Sachseingänger sieht der Herr Verfasser den Hauptpunkt des polnischen Nationalvermögens anscheinend nicht. Die sich bei den Genossenschaftsbanken konzentrierenden Einlagen dieser Leute werden nach seiner Ansicht (S. 424) durch die Schulden hervorgerufen, die sie bei Beginn ihrer Wanderung gewöhnlich eingehn. Hiermit im Widerspruch steht die ebenfalls vom Verfasser angeführte Tatsache, daß die polnischen Banken von den bei ihnen verschuldeten Häuslern, aus denen sich bekanntlich das Gros der Sachseingänger ergänzt, 7 bis 8 Prozent nehmen (S. 435). Später bestätigt der Verfasser diese Auffassung noch einmal, indem er schreibt: „Sie — die Polenbanken — müssen einen Teil ihrer Mitglieder bedrücken, damit sie dem andern um so wirksamer helfen können; sie müssen vom Häusler 7 Prozent nehmen, damit sie sich beim Darlehn an Kaufleute und Handwerker auf 4 Prozent beschränken können“ (S. 436). Somit gibt der Verfasser selbst die große Bedeutung der Sachseingängerersparnisse zu und zeigt nur den Weg, auf dem sie für die Polen nutzbar gemacht werden.

Die gewaltigen Zuschüsse, die die deutschen Kapitalisten aller Grade den Polen in Form von Hypotheken gewähren, erwähnt der Verfasser nur nebenbei, und er gibt auch nicht eine Schätzung des Umfangs der in Frage kommenden Summen an. Mit Hilfe des Grundbuchs waren Feststellungen in dieser Richtung möglich. Infolge solcher Beschränkung ist auch von gewerblichen Krediten an polnische kaufmännische Unternehmungen nur einseitig in Verbindung mit Finanzierung durch die polnischen Banken die Rede. Daß der überwiegend größte Teil der von Polen gehandelten Waren deutschen Ursprungs ist, daß die deutschen Produzenten langfristige Kredite gewähren müssen, die zum größten Teil durch die polnischen Banken sichergestellt werden, daß die deutschen Produzenten zum bessern Absatz ihrer Waren unter den Polen auch bares Geld an gut empfohlne Persönlichkeiten polnischen Ursprungs geben und denen erst die Begründung einer bürgerlichen Existenz möglich machen — das alles erwähnt Bernhardt nicht. Warum? Zweifellos deshalb, weil all das ihm so selbstverständlich und natürlich erscheint, wie jedem Kaufmann. „Wer kreditwürdig ist und bereit, Zinsen zu zahlen, erhält, was er braucht“ (S. 389). Posen und Westpreußen sind ein Teil des deutschen Wirtschaftsgebiets und mit diesem eng verbunden durch tausend Fäden. Hieran scheitert alle unsre Polenpolitik.

Sollen wir nun zu Zwangsmitteln greifen, um dennoch Sieger über die Polen zu werden? Der Autor gibt darauf leider keine Antwort. Aber er zeigt uns den Grund, der den „Schrei nach Enteignung der Polen“ hervorgerufen hat (S. 350). Weil die Polen einen festgeschlossnen Kiegel mitten durch den Regierungsbezirk Bromberg geschoben haben, der kaum 200000 Polen ein-

schließt, soll in Preußen ein Gesetz eingeführt werden, das in unser Rechtsbewußtsein die schwerste Erschütterung bringt, und das für die gesamte politische und soziale Entwicklung Deutschlands die schwersten Folgen birgt! Professor Bernhardt wird viele von der Notwendigkeit eines Enteignungsgesetzes in Posen und Westpreußen überzeugen, weil er selbst keine Vorschläge macht, viele aber wird er auch zur Überzeugung bringen, daß zunächst eine Revision unsrer Polenpolitik am Platz ist, ehe wir weiter arbeiten.

Denn eins geht aus den Ausführungen des Verfassers klar hervor: wir kennen die Polenfrage noch nicht genügend, als daß wir auf unsre Kenntnisse gestützt eine im deutsch-staatlichen Sinne erfolgreiche Polenpolitik treiben können. Der Autor hat recht: mit Schlägen und Verträgen ist es nicht getan, und in der gegenwärtigen Zeit eine Versöhnungspolitik anzutreten wäre falsch. Aber ebenso falsch wäre es, sich durch eine Gesetzgebung zu binden, die in sich die schwersten Gefahren für die Zukunft des ganzen Landes birgt. Aus Herrn Bernhardts Ausführungen dürfen wir folgern: 1. die Notwendigkeit der Bewilligung neuer Mittel an die Ansiedlungskommission zur weiteren Durchführung des bestehenden Ansiedlungsgesetzes, 2. eine Reform der Ansiedlungskommission, die diese in liberaler Weise den Anforderungen des wirtschaftlichen Kampfes besser anpaßt als bisher, und 3. die Notwendigkeit von Mitteln zum Studium der Polenfrage innerhalb und außerhalb Preußens. Zwei Jahre halten wir den Sturm der Polen unter den bestehenden Bedingungen wohl noch aus, und in zwei Jahren kann uns das Material zu einer allseitigen Beurteilung der Polenfrage beschafft werden.

St. Petersburg, Ende November 1907



Trusts, Schwindel, Handelskrisis in Amerika

Von E. Fitger



Wie ein Geist im Guten oder im Bösen hervorragen, seine Spuren prägen sich seiner Zeit, seinem Volke tief ein. Für die letzten vier Jahrzehnte, für die Vereinigten Staaten wird man einst von einer Ara Rockefeller sprechen; von einer Ara Roosevelt erst, wenn sie jene abgelöst hat, was sich das gegenwärtige Haupt des amerikanischen Volkes ruhmvoll zum Ziel gesetzt hat. Die sich jetzt in vollstem Gange befindende amerikanische Handelskrisis wird ihm seine Aufgabe erleichtern. Der Mugiasstall, durch den der Strom der amerikanischen Gesetzgebung geleitet werden soll, ist nicht erst durch den Petroleumkönig und seine Spießgesellen, „schlimmer als Anarchisten und Straßenräuber“, wie der Herkules dieses